

Bezugspreis: Für den Monat September 200.— M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, sowie Österreich und Ungarn 24.— M. für das übrige Ausland 32.— M. ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhoff 292-295 und 2506-2507

Sonnabend, den 2. September 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Abteilung: Dönhoff 2506-2507

Anzeigenpreis: Die einpaltige Konvaleszenz kostet 40.— M. ...

Verhandlungen mit Belgien in Berlin.

Der Staatssekretär Schröder ist heute vormittag aus Paris zurückgekehrt. Um 11 Uhr trat das Reichskabinett zusammen, um den Bericht Schröders, der kurz gehalten war, entgegenzunehmen. Die Reichsregierung nimmt zu der Entscheidung der Reparationskommission vorläufig eine abwartende Stellung ein und wird erst nähere Beschlüsse fassen, sobald die Garantieforderungen der belgischen Regierung bekannt sind.

Solange die Garantieforderungen Belgiens nicht bekannt sind, werden voraussichtlich auch die Parteiführer zur Fortsetzung der am Donnerstag abgebrochenen Besprechung beim Reichstanzler nicht zusammentreten.

Paris, 2. September. (G.) Die belgischen Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix und Bemelmans, werden Montag abend nach Berlin abreisen, um mit der deutschen Regierung in der Garantieforderung zu verhandeln. Die Sondervorbereitungen für diese Reise wurden gestern bereits in Besprechungen zwischen den Belgiern und dem Staatssekretär Dr. Bergmann getroffen.

Befriedigung in Belgien.

Brüssel, 2. September. (G.) Nachdem Ministerpräsident Theunis gestern eine Besprechung mit dem König hatte, empfing er Journalisten und gab ihnen Erklärungen über den Beschluß der Reparationskommission ab. Theunis erklärte, daß man sich zu diesem beglückwünschen müsse. Frankreich könne sich vollständig befriedigt zeigen. Durch den Beschluß der Reparationskommission sei die nächste interalliierte Konferenz zur Regelung der Schuldfrage gesichert, und man könne auch mit dem Zustandekommen der internationalen Anleihe rechnen.

Poincarés Antwort an Balfour.

Paris, 2. September. (WB.) Poincaré richtete an den britischen Botschafter in Beantwortung der durch Lord Balfour der französischen Regierung am 1. August übermittelten Note betr. Regelung der interalliierten Schulden, ein Schreiben, in dem es heißt, die französische Regierung sei wie die britische Regierung überzeugt, daß das Reparationsproblem keine endgültige Lösung finden kann, wenn es nicht in irgendeiner Form mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft wird.

Das Schreiben Poincarés macht dann darauf aufmerksam, daß die Kriegsschulden der Alliierten und die Reparationsschulden nicht einander gleichgesetzt werden könnten, da die ersteren alle im Interesse der gemeinsamen Sache aufgenommen seien.

werden könnten, da die ersteren alle im Interesse der gemeinsamen Sache aufgenommen seien. Die Einkäufe, zu denen sie dienen, hätten sämtlich zum Siege beigetragen. Während der Vorbereitung des Friedensvertrages hätten die siegreichen Länder zum ersten Male in der Geschichte beschlossen, von dem besiegten Land keine Kriegsschulden (1) zu fordern.

und die schwerste Last des Krieges auf sich genommen hätten. Die alliierten Schulden seien nicht für den eigenen Nutzen einzelner Staaten, sondern für das gemeinsame Ziel gemacht worden. Dagegen ist

die Reparationsschuld Deutschlands

die Folge freiwilliger und in der Mehrzahl überflüssiger Zerstörungen und der Zahlung der Pensionen. Diese notwendige Reparation muß natürlich den Vortritt vor jeder anderen Regelung haben, soweit Frankreich in Frage kommt. Am meisten durch die Zerstörung seines Gebietes betroffen, hat es sich gezwungen gesehen, da die von Deutschland versprochenen Zahlungen nicht geleistet wurden, selbst an den Wiederaufbau der zerstörten Provinzen heranzutreten. Die Vorschläge, die es aus diesem Grunde gemacht hat, verursachen den gegenwärtigen Fehlbetrag in seinem Haushalt. Es kann für Frankreich nicht die Rede davon sein, irgendeine Regelung der Schulden, die es während des Krieges einging, in Erwägung zu ziehen, solange die Ausgaben, die es vorgenommen hat, und die es noch vornehmen muß, für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete, nicht durch Deutschland direkt oder durch eine Kombination gedeckt sind, die es gestatten würde, baldigst einen genügenden Teil der Forderung zu mobilisieren.

Sobald Deutschland einmal dieser Verpflichtung nachgekommen ist, die vor allen anderen den Vortritt haben muß, würde die französische Regierung keinen Widerspruch dagegen erheben, daß man eine allgemeine Regelung der interalliierten Schulden in Erwägung zieht. Außerdem werden, wenn es sich für die französische Regierung darum handeln wird, insbesondere

die Regelung der britischen Forderung

zu prüfen, gewisse Erwägungen berücksichtigt werden müssen. In erster Linie wird die französische Regierung, die in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien nur Geld aufgenommen hat, um ihre eigenen Einkäufe zu decken, und ohne daß damals von der Garantie eines Dritten die Rede war, einen Unterschied zwischen den gegenüber diesen beiden Ländern eingegangenen Kriegsschulden machen müssen. Ein Teil der französischen Schuld gegenüber den Vereinigten Staaten entstand nach dem Waffenstillstand, um den Ankauf amerikanischer Vorräte sicherzustellen, die für den französischen Staatsschatz wieder verkauft wurden. Bei diesem Teil handelt es sich um eine zweifelslos geschäftliche Schuld. Der Betrag der britischen Forderung, der effektiv noch nicht zahlenmäßig festgestellt ist, muß, so heißt es weiter, gerechterweise Gegenstand einer Ueberprüfung sein. So hat z. B. bei der Ueberweisung von Material und Lebensmitteln zwischen den Alliierten die englische Intendantur sich die von ihr gemachten Lieferungen zu einem erhöhten Preise gutgeschrieben und diese, um die allgemeinen Unkosten und die Ausführungsgebühren des britischen Fiskus sicherzustellen, erhöht, während im Gegensatz dazu die französische Intendantur die Ueberweisungen an die englische Armee zu den inneren Tarifen berechnete, wie sie bei Ueberweisungen von einer französischen Abteilung an eine andere französische Abteilung berechnet werden, ohne die allgemeinen Unkosten oder Steuern zu berücksichtigen. Wenn daher der Stand der für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete geleisteten Zahlungen Frankreich eine Regelung der Schulden zwischen den Alliierten gestattet, so wird dieser Regelung

eine genaue Prüfung vorhergehen

müssen, um den Betrag der Schulden auf gerecht und gleichmäßig aufgestellter Grundlage festzusetzen. Sie wird außerdem so allgemein wie möglich sein müssen. Die französische Regierung beansprucht in dieser Hinsicht behandelt zu werden, wie sie selbst die gemeinsamen Alliierten behandelt. Sie fordert nun nicht die Zahlung von Summen, welche die Alliierten ihr schulden. Sie gibt sich darüber Rechenschaft, daß moralisch oder materiell eine derartige Forderung gegenwärtig unzulässig wäre, und denkt selbst nicht daran, sie aufzustellen.

Der Brief schließt: Wenn auch die Regierung der Republik den Geist ehrt, in dem die britische Regierung das Problem der interalliierten Schulden zu regeln wünscht, so glaubt sie doch ihre Aufmerksamkeit auf die vorstehenden Erwägungen lenken zu sollen. Unter diesem Vorbehalt ist sie, wie die englische Regierung, der Ansicht, daß die allgemeine Regelung der Schulden, wenn sie um den Preis gegenseitiger Opfer durchgeführt würde, für die Menschheit gewinnbringend wäre.

Der Kampf gegen den Wucher.

Die Preussische Staatsregierung wird noch im Laufe des heutigen Tages die Ausführungsbestimmungen zu den heute von uns veröffentlichten Beschlüssen des preussischen Ministerrats gegen Wucher und Teuerung veröffentlichen. Die Bestimmungen sind äußerst scharf und verpflichten unter Androhung hoher Strafen u. a. zur sofortigen Anbringung von Preisplakaten und zur Einhaltung der Gewichte insbesondere bei Brot. Ferner werden für die Bevölkerung Erleichterungen zur Anbringung von Wucheranzeigen und die schnellste Ueberweisung dieser Anzeigen zur Celedigung an die Staatsanwaltschaft angeordnet.

Der verfluchte Buchprüfer.

Die nachstehende Zuschrift eines von der Steuerbehörde beschäftigten Buchprüfers gibt so beachtliche Einblicke in die Methoden und Schwächen unserer Steuerüberprüfung, daß wir sie sachlich unverändert zum Abdruck bringen.

„Man verwende in der Finanzverwaltung Leute aus dem Wirtschaftsleben, die auch die Leiden und Nöte von uns Kaufleuten und Industriellen kennen.“ So verlangten es Industrie und Handel.

Heute haben wir in der Einrichtung der Buch- und Betriebsprüfungsstellen den Vermittler zwischen behördlicher und privater, speziell privatwirtschaftlicher Steuererhebung ausgesetzt. Man sollte nun meinen, daß damit den Handels- und Industriekreisen gebietet und nun alles in Ordnung und Frieden sei. Dem ist aber nicht so, dagegen ist eher das Umgekehrte der Fall. Seit einigen Monaten üben die Buch- und Betriebsprüfungsstellen ihren Dienst aus, und der Erfolg, mit dem sie arbeiten, übertrifft alle Erwartungen. Geschäftsleute, die bei der Forderung angaben, sie hätten mit Verlust gearbeitet oder weniger verdient als ein Tagelöhner, sahen zu ihrem Erstaunen nach vorgennommener amtlicher Buchprüfung, daß sie über Nacht zu reichen Leuten geworden waren. Sie hatten viel mehr Ware auf Lager, als in den Büchern stand, oder sie hatten ihre Vorräte so niedrig bewertet, wie sie nie daran dachten, sie zu verkaufen. Andere hatten stille Reserven in der Bilanz verschwinden lassen, so daß dieselben gar als Schulden des Geschäfts erschienen und dadurch das Betriebsvermögen kürzten, wie natürlich auch den Gewinn. (Wir könnten noch andere Methoden nennen, die angewandt wurden, um „nichts verdient zu haben“, doch würde das zuviel teures Papier in Anspruch nehmen und zu sehr instruktiv für steuercheue Kreise sein.)

Daß nun aber diese Kreise, die so über Nacht reich geworden waren, den Buchprüfungsstellen und besonders den Buchprüfern für ihre Aufklärungsarbeit dankbar gewesen wären, kann man nicht gerade behaupten. Das Gegenteil war der Fall. Nachdem ein paar Buchprüfungen Hunderttausende und Millionen ergebnislos, die der Besteuerung entzogen worden waren, aufgedeckt hatten, lief Industrie und Handel hilfesuchend zu Handelskammern, Rechtsanwälten, Treuhändergesellschaften. Es wurden Beschwerden gegen die Finanzämter und Buchprüfer an deren vorgelegte Stellen eingereicht, einige Dutzend Paragraphen wurden „angezogen“, speziell 162 und 163 der Reichsabgabenordnung, die einzelnen Buchprüfer verleumdete, bedrohte und als solche abgelehnt. Industrie- und Handelsorganisationen „sammelten“ die Buchprüfungsfälle; gegen einzelne besonders erfolgreiche Buchprüfer ging man gemeinsam derart vor, daß jeder einzelne „Geprüfte“ seinem geprehten Herzen in den Fachversammlungen Luft machte. Das solchermaßen zusammengetragnen Material, bei dem Unfähigkeit des Buchprüfers, einseitige Abfassung der Prüfungsgutachten, gegen Industrie und Handel mit hoch erfüllte Persönlichkeit oder gar Zugehörigkeit zu linksstehenden Parteien die hauptsächlichsten Schuld momente des Buchprüfers bildeten, wurde an seine vorgelegte Behörde gegeben und der Antrag gestellt, daß der Betreffende als Buchprüfer nicht zugewiesen werde. Dagegen verlangte man, daß ein Buchfachverständiger, von den Handelskammern anerkannt oder bei den Gerichten vereidigt, die verfluchte Buchprüfung vornehmen soll, also unter Ausschaltung der amtlichen Buchprüfungsstellen! Ja, man stellte sich auf den Standpunkt, daß nur der und jener strittige Punkt in den Büchern des der Steuerflucht Verdächtigen geprüft werden dürfe, daß aber alle übrigen Buchungen nicht nachgeprüft werden dürften.

Die steuerscheuen Herren Industrie- und Handelsbarone schreiben also der Behörde vor: „Du darfst nur auf der und der Seite in dem oder jenem Geschäftsbuch diese oder jene genau vorher bezeichnete Buchung nachprüfen, im übrigen ist aber eine weitergehende Prüfung zu unterlassen.“

Das ist keine Prüfung mehr, sondern ein Nachschlag in irgendeinem Betrage. Unter Prüfung ist aber eine ordnungsgemäße Durchprüfung eines ganzen oder mehrerer Geschäftsjahre zu verstehen. Wenn diese Geldbarone ihre Geschäftsbücher am Ende des Geschäftsjahres von einer Treuhändergesellschaft zur Kontrolle der Geschäftsführung prüfen lassen, dann dauert die Prüfung tagelang. Dem Staat aber schreiben diese Herren vor, daß seine Prüfung ihrer Bücher vielleicht fünf Minuten zu dauern hat.

So ist der Stand ungefähr heute. Man tauscht seine Erfahrungen aus der erlittenen Buchprüfung aus, man lacht die Buchprüfer mit allen Mitteln unmöglich zu machen, hinauszuweilen. Wie lange währt es noch, und die Zentralstellen von Handel und Industrie bilden eine Phalanx gegen diese — Buchprüfer. Einsteilen sucht man diesen Stellen und ihren Beamten die Arbeit zu vereiteln. Man erhebt Beschwerde auf Beschwerde, drängt bei Buchprüfungen auf deren Ende, erhebt gegen die Einschätzung gruppenweise Einspruch — eine Organisation gab ihren Mitgliedern den Rat, jeder einzelne möge Einspruch erheben, wenn seine Forderung nicht anerkannt würde — lehnt Buchprüfer ab usw. Man hofft scheinbar, durch diesen Ansturm von allen Seiten

die Behörde müde oder gar ängstlich zu machen. Dann aber schimpft man allerorts lüchlig über die faulen Beamten, die nur große Gehälter einstecken und nicht arbeiten wollen. Es geht nicht vorwärts, sobald es Behörde heiße, und dabei schmunzelt man im Geheimen, denn man weiß, wieviel unnütze Arbeit man absichtlich selbst den Behörden macht.

Die Behörde aber muß sich über den weiteren Weg völlig im Klaren und zielbewußt sein. Läßt sie sich durch die Großorganisationen davon abdrängen, so triumphiert weiterhin der steuerscheue Schlotbaron und Pfeiferjack, und der arme Teufel bezahlt die defraudierten Steuern mit.

Mit erschreckender Klarheit haben die bisherigen Buchprüfungsergebnisse gezeigt, daß die Steuerflucht gerade in den am meisten verdienenden Kreisen einfach schamlos ist. Es gibt Steuerbezirke, in denen nicht eine der vorgenommenen Buchprüfungen resultatlos verlaufen ist. Geradezu ungeheure Unterschleife sind aufgedeckt worden. Wollte deshalb die Regierung vor diesen Defraudanten den Rückzug antreten, so müßte sie unverzüglich abdanken.

Und dann noch eines: Es gibt heute, im Herbst 1922, noch Buchprüfer, die im Monat 6000 Mark „Gehalt“ beziehen. Dieses Gehalt ist wenig gehalten. Die „herren“ Buchprüfer kommen in gestülpten, abgetragenen Kleidern und zerfetzten und mit Flecken besetzten Schuhen zu den Größen in Handel und Industrie. Sie werden in ledergepolsterte Klubessel gedrückt, sehen um sich herum eine luxuriöse Bureaueinrichtung, die mit 1 M. zu Buch steht.

So lebt der Buchprüfer im Glanz dahin und schafft dem Staat allmonatlich hunderttausende und Millionen herein. Sein Gehalt fällt aber gar nicht dem Staat zur Last. Es wird von den schuldigen Steuerdefraudanten, die die Kosten der Buchprüfung aufgerechnet bekommen, bezahlt. So spart der Staat zugunsten des überreichlich verdienenden Steuerflüchtigen am armen Teufel Buchprüfer.

Darum, Regierung: Zahle deine Buchprüfer, die dich nichts kosten, aber Milliarden einbringen, gut, wenn du diese Einnahmequellen weitersehen willst. Zahle sie sehr gut, wenn du ihre großen Erfolge auf der Hand hast, damit sie vor Versuchungen gefeit sind. Zahle sie nach ihrem Alter (nicht Dienstalter), nach dem Stand ihrer Familien und lasse auch ihnen automatisch Teuerungszuschüsse zukommen, wenn neue Teuerungswellen heranrollen. Stehe hinter deinen Buchprüfern und schütze sie mit starker Hand gegen den geldgierigen, räuberischen Feind.

Ihr aber, ihr Buchprüfer, schließt euch zusammen, um eure gerechten Forderungen gemeinsam durchzusetzen!

Die kommunistischen Kontrolleure.

Unsere Antwort auf die kommunistische Betriebsraterversammlung hat in der „Roten Fahne“ entsetzliche Verheerungen angerichtet. Dabei ist das Blättchen an diesen Folgen aber selbst schuld, ist es doch von seiner alten bewährten Praxis, einfach zu schimpfen, leichtsinnigerweise abgegangen. Es versucht, uns zu widerlegen. Damit ist die Katastrophe eingetreten; arme „Rote Fahne“!

Die „Rote Fahne“ erzählt, daß der Reichsbetriebsratengroß einberufen sei, um „organisiert und planmäßig die Kontrolle der Produktion durchzuführen“. Das kann ja großartig werden. Es wird also eine neue Instanz zur Vorbereitung der Organisation der Kontrolle der Produktion gegründet. An anderer Stelle behauptet die „Rote Fahne“ aber, daß dem Kampf gegen die Bourgeoisie bisher die wohlorganisierte Führung fehlte, darum soll der Reichsbetriebsratengroß einberufen werden. Der Hebel zu dieser endgültigen Umwälzung der deutschen Wirtschaft ist bekanntlich jener 15gliedrige „Kontrollausschuß“, der die „Selbsthilfe der Massen“ vorzubereiten hat.

Die „Rote Fahne“ scheint sich ihres Rätekonferenzfolges sicher zu sein, wohl schon deswegen, weil sie die — Resolutionen dafür vorbereitet hat. Dazu bildet sie sich noch ein, daß wir vor den neuen Instanzen Angst hätten. Sie kann beruhigt sein. Wir haben vor „Instanzen“ überhaupt keinen Respekt, wir beachten nur Leute, die wissen, was sie

wollen, und dazu gehört die neue „Kontrollkommission“ sicher nicht. Aber vielleicht ist ein Betriebsrat neugierig und fragt jene Leute einmal, ob die „Kontrolle der Produktion“ etwas zum Essen ist, ob durch den beabsichtigten Kongreß das amerikanische Schmalz billiger wird. Er soll bekanntlich in vier Wochen tagen, um vorzubereiten. Die kommunistischen Kontrolleure verdienen, geheime Konzilsträte zu werden, die nötige Einbildung haben sie dazu.

Die fünfzehnköpfige neue Instanz macht sich bemerkbar, sie ist durchaus „revolutionär“, sie beginnt zu befehlen. So verlangt sie, daß wir ihren offenen Brief veröffentlichen. Wir bitten die neuen Machthaber höflichst, zu beachten, daß wir das ihr von der kommunistischen Parteizentrale gelieferte Geistesprodukt gestern im „Vorwärts“ schon besprochen haben.

Die hohe Kontrollkommission hat sich konstituiert, sie hat beschlossen, „zunächst“ folgende Arbeiten in Angriff zu nehmen. (Hiermit beginnt der Beweis, daß man etwas Besseres kann als die alten zu bekämpfenden Instanzen):

Die Resolution der Betriebsratenvollversammlung wird der Berliner Gewerkschaftskommission und der freigewerkschaftlichen Betriebsratenzentrale übermittelt, vom ADGB wird verlangt, die Vorbereitungen des Reichsbetriebsratengroßes unverzüglich in Angriff zu nehmen! Wenn nun z. B. eine andere „Kontrollkommission“ verlangt, daß der Kongreß nicht einberufen wird, was dann?

Der Berliner Magistrat wird dazu angehalten, durchgreifende Maßnahmen zur Sicherstellung von Lebensmitteln zu treffen, außerdem hat er Höchstpreise festzusetzen und die Spekulation auszuschließen. Dabei wird übersehen, daß er das ohne die Hilfe des Staates und Reiches gar nicht kann; über diese Hilfe sind von jenen Stellen eben Beschlüsse gefaßt worden.

Das Zentralwohnungsamt hat — man höre und staune — eine Statistik über freiwerdende und große Wohnungen in Berlin zu veröffentlichen, außerdem soll es einen Plan ausarbeiten für die sofortige Zuweisung der Luxuswohnungen, Luxushotels und Villen an die wohnungslose proletarische Bevölkerung. Ausgerichtet das Zentralwohnungsamt!

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Bildung von Kontrollkommissionen gefördert wird.

Es werden also Resolutionen übermittelt, Maßnahmen werden verlangt, Statistiken sollen ausgearbeitet werden und Pläne sind vorzubereiten. Das ist ja alles ganz hübsch, und sicher nicht nur für die Beteiligten unterhaltend. Uns scheint aber, daß das, was wir an anderer Stelle über die Maßnahmen des Reichswirtschaftsministeriums, vom Genossen Robert Schmidt mitteilen, und was vom Preussischen Staatsministerium beabsichtigt wird, den Arbeitern etwas weiter hilft als jene Resolution auf dem Papier. Damit soll nicht gesagt sein, daß uns die bisherigen Maßnahmen der Regierung ausreichend erscheinen; sie bedürfen noch weitgehender Ergänzung.

Zentrum und Faulhaber.

Die „Germania“ setzt sich nunmehr mit dem Auftreten des Kardinals v. Faulhaber auf dem Katholikentag auseinander. Ihr bisheriges Schweigen begründet sie damit, daß sie erst den Gesamteindruck der Tagung habe abwarten müssen. Gerade Faulhaber sei dafür ein Beweis, dessen zweite Rede von der gegnerischen Presse als Abschwächung und Einlenken bezeichnet worden sei. Das Urteil der „Germania“ selber über Faulhabers erste Rede lautet:

Die von den Gegnern beanstandete Rede des Herrn Kardinals ist nicht in einer Versammlungsrede gesprochen worden, sondern in einer Predigt während des Gottesdienstes. Es mag dem katholischen Dingen Fernerstehenden nicht leicht sein, die Eigenart einer Predigt mit ihrer strengen, vielfach biblischen Sprache von einer politisch abgemessenen Rede sorgsam zu scheiden und für ihn gilt das Wort, das auch dem Heiland einmal gesagt und vorgehalten wurde: „Herr, Deine Rede ist hart, wer kann sie hören!“ Die Lehre der katholischen Kirche über den Staat und seine Rechte wie über die Pflichten gegen den Staat sind so eindeutig und klar, daß darüber unter Katholiken gar kein Streit aufkommen kann. Was darüber gesagt werden mußte, hat in einer glänzenden Rede Professor Dr. Mousbach in der Schlussitzung des Münchener Katholikentages gesagt, und wir sind überzeugt, daß Herr Kardinal von Faulhaber diese Rede genau so von A bis Z unterstreicht, wie wir es tun. Oder will die gegnerische Presse

glauben machen, daß der Herr Kardinal in seiner Predigt sich im Gegensatz hätte setzen wollen zu dem Wort des Bitterapostels in seinem Römerbrief: „Es gibt keine Gewalt, außer von Gott; die aber bestehn, sind von Gott eingesetzt“. Dieser zweite Satzteil, der so oft und leicht übersehen wird, ist so wichtig wie der erste; er enthält für jeden Katholiken eine autoritative Verpflichtung. Und wenn der Herr Kardinal die November-Revolution in strikter Auslegung des christlichen Sittengesetzes, das sich gerade auf die oben angezogene Lehre des Apostels Paulus stützt, objektiv als Meißel und Hochverrat bezeichnet, so hat er damit noch keineswegs die Männer, die im November 1918 die Revolution auf ihr Gewissen genommen haben, als Meißel und Hochverräter bezeichnet, denn darüber urteilt ein Höherer, ob die Führer der November-Revolution sich mehr von dem brutalen Willen zur Macht oder von der Sorge um das vor dem Abgrund stehende deutsche Volk haben leiten lassen.

Man wird diese Sätze als einen freundlichen Versuch zu werten haben, den Ausführungen des Kardinals v. Faulhaber ihre Schärfe zu nehmen, die gleichwohl auf allen Seiten bemerkt worden ist. Daß die Politik des Zentrums mit den Tendenzen der Faulhaberischen Rede nicht identisch ist, haben wir selber schon ausführlich dargelegt. Der Versuch der „Germania“ aber, eine Gleichheit zwischen zwei absolut ungleichen Dingen zu konstatieren, ist aus faktischen Gründen wohl verständlich, aber vergeblich. In ein scholastisch unverbildetes Gehirn wird es doch nicht hineingehen, warum eine Revolution „Meißel und Hochverrat“ gewesen sein soll, wenn sich die leitenden Männer von der Sorge um das vor dem Abgrund stehende deutsche Volk haben leiten lassen. (Dies letztere darf wohl unbedenklich als die Meinung der „Germania“ angenommen werden.) Das Bemühen, zwischen den auf dem Katholikentag auch gehaltenen versäufungstreuen Reden und dem Faulhaberischen Standpunkt Einmütigkeit zu konstatieren, wird an der Entwicklung der Tatsachen selber scheitern. Schließlich war es kein Symptom von Einigkeit, wenn während der Schlussitzung des Vortrags, Oberbürgermeister Adenauer, die den versäufungstreuen Standpunkt betonte, Herr Dr. Heim in ziemlich drohlicher Weise protestierte und Kardinal v. Faulhaber, wie berichtet wird, zum Zeichen seines Widerpruchs sogar den Saal verließ.

Verfrühte Kombinationen.

Die „Dena“ bringt eine Meldung, wonach zurzeit zwischen dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ Verhandlungen über die Herausgabe eines gemeinsamen Blattes stattfinden, die schon deshalb notwendig wäre, weil nach Abhaltung des Einigungsparteitages in Nürnberg am 24. September nur noch ein Organ notwendig sein werde.

Die Meldung ist falsch. Ihre Entstehung ist leicht zu erklären. Es handelt sich um nebelige Kombinationen, die aus der Tatsache der Einigungsverhandlungen zwischen SPD und USG abgeleitet werden. Tatsächlich aber sind die Verhandlungen bis zu einem solchen Punkt noch nicht gekommen, die Frage der Zukunft der Zentralorgane beider Parteien ist bisher noch nicht erörtert.

Münchener Reaktionshefte.

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht.) In München ist durch die unentwegte rechtsbolschewistische Propaganda wieder ein Zustand eingetreten, der weitestgehend einen besorgniserregenden Rechtsputz besüßigt läßt. Die bürgerliche Presse schürt das Feuer durch Herabsetzung alles dessen, was die Zusammenhänge mit dem Reich erhalten könnte, sogar der Präsident des Katholikentages, der Kölner Bürgermeister Adenauer, wird beschimpft, weil er den Wunsch nach Hülfe einer Reichsstimme auszusprechen gewagt und in seiner Schlussrede republikanische Töne von sich gegeben habe. Es wird behauptet, daß der Münchener Kardinal Faulhaber deswegen unter Protest den Katholikentag verlassen habe. Im übrigen wird offen zum Kampf gegen Berlin und die bayerische Regierung aufgerufen. Der „Miesbacher Anzeiger“ z. B. schreibt: „Wir können dem Kampf nicht ausweichen und müssen ihn bestehen. Der Kampf ist noch nicht beendet, er geht jetzt erst an.“

Knapp entronnen.

Von Rudolf Baumgartner, Graz.

Übernde Sterne stehen am wolkenlosen, klaren Sommernachthimmel und spenden der Landschaft milden Schein. Das Dorf ruht. Nichts regt sich im weiten Umkreis. Selten nur flücht das Ansehen eines Hundes von irgendeinem fernem Gehöft die Ruhe der Nacht. Weit oben, flücht aufwärts, der Berglehne entlang flimmern einige Lichter — die Signale der einsamigen Bahn.

Unablässig tickt der Telegraphenapparat im Verteilertable der Station D. Hier diensthabende Beamte sitzt müde zurückgelehnt im Sessel vor seinem vom matten Lichte beschienenen Schreibtisch.

Er denkt an seine Familie, an den kommenden Tag, an allerlei. Minuten vergehen — Da, plötzlich ertönt mit kräftigem Glockenschlag das Signal für den schweren Güterzug 131, der jetzt die Nachbarstation S. mit fünf Minuten Verspätung verläßt. Mit jähem Ruck erhebt sich der Ruhende und vermerkt augenblicklich die Zeit.

1 Uhr 36 nachts — „14 Minuten noch, dann ist er hier“, murmelt er. Der Wächter betritt mit verschlafenen Augen den Raum. „Haidacher, stellen Sie das Einfahrtssignal frei; Zug 131 fährt auf Gleis 3 ein!“ — Bald darauf wird die Station telegraphisch angerufen: „Hier Station W., bitte nehmen Kreuzung Zug 131 mit Zug 148 an — Lokomotive kann hier recht abgehen.“ Der Beamte prüft die Zeit. Mechanisch greift seine Hand nach dem vor ihm liegenden Fahrplan. Zug 131 hat bei ihm 5 Minuten Aufenthalt laut Vorchrift, während der Gegenzug, eine einfache Lokomotive, fahrdienstgemäß gleich durchfährt.

Ja, es geht. Es ist alles in Ordnung — er nimmt die Kreuzung also an. Ruhelos mißt er mit langen Schritten das Dienstzimmer. — Schnurrend löst sich mit einem Male das Signalrädchen aus und sechs helle, von zwei kurzen Zwischenpausen getrennte Glockenschläge künden das Hertzannahen der Lokomotive. Wohlthuend weht die würzige Nachtluft dem Beamten, der jetzt auf den Perron hinaustritt, entgegen und fühlt seine Stirne. Sein Ohr horcht aufmerksam in die undurchdringliche Ferne in Erwartung des aus S. signalisierten Güterzuges. Jeder Atem ist dabei in ihm angehalten — es gilt ja, auf seinem Posten zu sein. Wehe ihm! Ein kleines Versehen — und es kann ein großes Unglück geschehen, er weiß es nur zu gut. Deshalb nimmt er auch alle seine Kräfte zusammen.

Ungeduldig zieht er die Uhr — noch immer nichts wahrzunehmen. —

Ein langgezogener Pfiff hallt jetzt durch die Nacht. Es ist etwas Bormurfsvolles, Unmutiges in diesem Pfeifen. Zug 148, die Lokomotive steht bereits vor dem Haltsignal auf der Strecke.

Er muß warten, bis der Gegenzug von S. die Station erreicht hat.

Endlich blühen dort, wo die Bahn die große Kurve vor der Flußbrücke nimmt, zwei kleine Lichter auf und mit dumpfem, rhytmischem Rollen, das zusehends stärker wird, braust der Zug heran.

„Endlich!“ — Erleichtert atmet der Beamte auf. Gerade jetzt passiert der Zug die große Eisenbrücke mit mächtigem Getöse.

Immer näher — schon rollen die Räder mit Gepolter über die äußersten Weichen. Die Lokomotive braust und dampft, mächtige Funkenregen aus ihrem Feuertrahnen spielend.

Das tost und zischt und schlägt und hämmert, als wären tausend Teufel an der Arbeit.

Bärmend rollen die ersten Wagen vorüber, in rascher, unerminderter Fahrt — immer mehr Waggons — endlos...

Doch, was ist das? Wird der Zug nicht bald halten? Die Maschine ist schon nicht mehr sichtbar, nur das Feuer, das dem Schornstein entweicht, denn die Schienen beschreiben einen sanften Bogen.

Der junge Beamte erbleicht.

Mit Schrecken sieht er nun, daß hier ein Unglück, ein großes Unglück droht.

Ein blitzschneller Griff in die Tasche — ein kleines Pfeifchen blinkt in seiner Hand.

Halt! Halt! — Halt!!!

Ein Pfiff, freudig — laut!

Der Beamte gibt das Glockensignal für den jetzt durchfahrenden, solange vor der Station angehaltenen Zug 148 nach Station S. — gleichzeitig für Zug 131 nach W.

Drohend braust die leere Lokomotive mit vollster Geschwindigkeit auf Gleis 1 durch.

Der Führer derselben ahnt nichts von der Gefahr, die drohte.

Freundlich grüßt er.

Schon ist nur mehr ein rotes Pünktchen davon sichtbar: die Laterne am Tender rückwärts.

Da fährt auch der Güterzug weiter.

Gute, glückliche Fahrt!

Freundlich blinken die Sterne aus weiter Weltferne. Nur sie sind Mitwisser. — — —

Residenztheater: „Hanneles Himmelfahrt.“ Diese Traumdichtung und die Weber, beide in kurzem Abstand voneinander in der ersten Hälfte der neunziger Jahre entstanden, bezeichnen wohl den Höhepunkt im Schaffen Hauptmanns, dessen schicksaligen Geburtstag Deutschland in wenigen Wochen feiert. Beide Werke sind in jeder Faser ihres Wesens von tiefstem Mitgefühl menschlichen Leides erfüllt: dort das Massenbild allerärmsten Proletariats, das schamlos ausgebeutet zu jähem Verzweiflungskampfe wider seine Feinde aufsteht; hier das Gemälde einer armen einsamen Kinderseele, auf deren Sterbestunde kindliche Märchen und Glaubensvisionen geheimen Glückserlösnis einen verhöhnend hellen Schimmer werfen, bis der schlüchtige Strahl wieder im Dunkel verlischt. Was heute unter dem Schlagwort des dramatischen Expressionismus verstanden

und begehrt wird — eine Kunst, die, von dem Ballast des Zufälligen befreit, in prägnanten Symbolen zu uns spricht — das ist von Hauptmann hier im höchsten Maß erreicht. Nicht durch die Flucht aus dem Bereich der Wirklichkeit in eine davon abgelöste phantastische Phantasiewelt, sondern durch organisch innigste Vermobung. Allgemeines und Individuelles fließt zu voller künstlerischer Einheit zusammen.

Die von Herrn Altman Ingenieurte Aufführung, die im sicheren Gefühl die Angel ihres auf der Bühne leicht löbenden Füllgeschmuckes entleert hatte, schmiegte sich einfach und stimmungsvoll des Dichters Intentionen an; wenn sie auch ebensovienig wie irgend eine andere, die ich sah, die Stärke des Eindruckes erreichen konnte, die die Dichtung unmittelbar beim Lesen ausübt. Korala Tolle bot im Aussehen, in Mienenspiel und Stimme eine höchst sympathische Verkörperung des Hanneles. Nur hatte sie, schien mir, die Tonart allzu sehr gedämpft. Wer das Stück nicht schon kannte, dem dürfte manche Wendung entgangen sein. Und doch ist gerade hier ein jedes Wort bedeutsam. Wie es Sandra skizzierte schließlich die Krankenschwester. Doch kam im Spiel die Trauerverwandlung zur Vorstellung der Mutter nicht recht zum Ausdruck. Uebergend, vor allem durch das Klangvolle, warm herzliche Organ, wirkte Herr Becker in der Rolle des gültigen Lehrers Gotwald. Auch die Ensemblebesetzungen waren sorgsam ausgefeilt und abgetönt.

Heinrich v. Kleists Grab in unwürdigem Zustand. Eine der reichhaltigsten Stätten in der Umgebung Berlins, das Grab Heinrich v. Kleists, befindet sich in einem ungläublichen Zustand. So schön das Grab selbsten ist, inmitten alter Bäume, nicht weit vom Ufer des Wannensees, so unerfreulich ist das Aussehen der Grabstätte. Vor kurzem hat man das Gitter mit einer schauerhaft grünen Farbe bemalt, auf dem Grabhügel aber findet sich auch nicht ein bißchen Epheu oder sonst eine grüne Pflanze. Keht und ungepflegt sieht er aus, ringsherum liegen ein paar trodrene Blumen und zertrümmertes Kraut. Es dürfte für die Berliner Stadterhaltung doch wirklich keine zu große Ausgabe bedeuten, das Grab des großen Dichters in würdigen Zustand zu erhalten; oder sollte die Familie, derer von Kleist nicht doch endlich die Antipathie gegen den unglücklichen Dichter ausgeben und ihm die Ehrung zukommen lassen, die sie ihm bei Lebzeiten verweigert hat? Aber es dürfte besser sein, nicht erst darauf zu warten.

Grabschriften der Woche. Donnerst. Deutsches Th.: „Der Vater.“ Freit. Schloßpark. (Gr. Haus): „Der arme Heinrich.“ Sonnab. Schloßpark. (H. Haus): „Führmann Hansel.“ Berliner Th.: „Madame Compadour.“

Grabschriften der Woche. Sonnab. Thüringen. Mont. Insel Rügen. Dienst. Donnerst. Einheitsfilm. Witten. „Kaiserliche Rev.“ Freit. Dr. Solowj: „In den Kohlengruben des Ruhrgebietes.“ Sonnab. Kuppeln und der Alt.“

„Hooveria.“ Der amerikanische Senat der Unirecht Wien hat beschlossen, den in Wien entdehnen Heinen Warten 182 zur dauernden Erinnerung an die von Staatsrektor Hoover organisierte malerische Hilfe Americas zugunsten der Bevölkerung Österreichs „Hooveria“ zu benennen.

Ter XI. Deutsche Friedenskonferenz findet vom 2. bis 4. Oktober 1922 im Anhalter-Schmidt-Palast in Leipzig statt. Er wird von der Hauptstadt mit dem Thema „National und International“ vom politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkt aus beschäftigt.

